

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Lipsch & Reichardt in Dresden.

Lobeck & Co.

Chocoladen, Cacaos Desserts.

Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen.

Einzelverkauf: Dresden, Altmarkt 2.

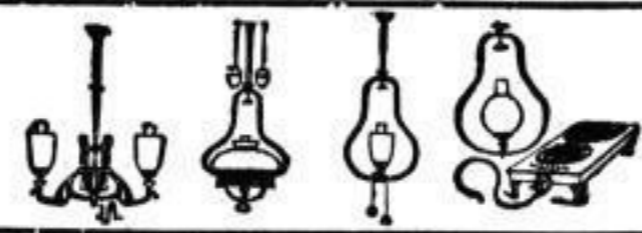
Anzeigen-Zarif... Einzelne Zeilen zu 2 Pf.

Bemerkungen... Die Redaktion ist nicht verantwortlich für den Inhalt fremder Artikel.

Telegrams-Adresse: Nachrichten Dresden. Fernsprecher: 11 + 2096 + 3601.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Kretschmar, Bösenberg & Co. Kronleuchterfabrik * Serrestrasse 5/7.



Komplette Ausstattung einer Wohnung mit Beleuchtungskörpern für Gasglühlicht Mk. 80,-.

Spul- und Madenwürmer

werden bei Kindern und Erwachsenen gründlich beseitigt durch die angenehmen Mittel Contra Vermes, 31. 35 und Madenwurmpfropfen, 50 Pfennig.

Königl. Hofapotheke, DRESDEN-A., Georgentor.

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Bitterung: Wärmer, Niederstöße. Kronprinz Georg und Prinz Friedrich Christian wohnten dem I. Akademischen Festturnier im Ausstellungs-palast bei.

Tagen würde die Heranziehung der Bundesstaaten zu einer (wie der Kommissionsbeschluss besagt) von ihnen zu das Reich zu entrichten, als Besitztümer bezeichnete Abgabe eine Abänderung der Reichsverfassung in sich schließen und schon dadurch, daß sie die Bundesstaaten als solche zu Steuerpflichtigen (Steuertributen) des Reiches stempelt, eine Verletzung der bundesstaatlichen Prinzipien und eine Beeinträchtigung der politischen Stellung der Bundesstaaten bedeuten, wie sie schwerer und verhängnisvoller kaum gedacht werden kann.

Newport. Die Geandten von Nicaragua und El Salvador haben beide jeden Ausbruch von Feindschaften in beiden Ländern in Abrede gestellt. Mexiko. Nach hier eingegangenen Berichten ist der unannehmbare Beweis erbracht worden, daß der Präsident von Nicaragua Zelama in dem Verleihen, Costarica in Streitigkeiten zu verwickeln, an der Grenze Forts und Verteidigungsstellungen errichtet hat, die er mit großen Vorräten an Munition versehen ließ.

Reichsfinanzreform und die sächsische Regierung.

Ueber die Stellungnahme der sächsischen Regierung zur Reichsfinanzreform haben infolge einzelner Äußerungen von Vertretern der sächsischen Regierung in den Verhandlungen der Finanzkommission und im Bundesrat bereits seine Zweifel bestehen können, jetzt wird dieselbe aber in aller Deutlichkeit erkennbar in einem Artikel der Leipziger Zeitung. Dieser Artikel wendet sich mit aller Schärfe und allem Nachdruck gegen das sogen. Kompromiß der Reichstagsfinanzkommission, insoweit dass seine finanzielle Wirkung und Tragweite, wie seine politische und verfassungsmäßige Konsequenzen anlangt.

Die Verbündeten Regierungen haben durch die Vorlegung des Reichsfinanzgesetzes den Weg bereitet, auf dem neben der notwendigen Erhöhung der Verbrauchssteuern zu einer Verringerung des Reiches zu gelangen ist. Das ist ein gangbarer Weg zum Ziele ist, dieser Ueberzeugung werden sich die nationalen Parteien nicht verschließen können. Ueber die Ausgestaltung der Nachlasssteuer im einzelnen wird es sich nicht verhandeln lassen. So erscheint es nicht notwendig, sie nach dem englischen Vorbilde von dem ungetheilten Nachlass zu erheben, vielmehr könnte auch eine Steuer auf die den einzelnen Erben anfallenden Erbsätze und der zweckentsprechende Ausbau der schon bestehenden Reichserbschaftsteuer an ihre Stelle treten.

Paris. Einmalig heute geganzen Telegramm des Präsidenten der Republik herrscht im Lande vollständige Ruhe. Zu den Ausschreitungen im Pariser Zentralpostamt. Paris. Einmalig heute geganzen Telegramm des Präsidenten der Republik herrscht im Lande vollständige Ruhe.

Neueste Drahtmeldungen vom 14. März.

Belgrad. (Priv.-Tel.) Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, stellt die serbische Antwort auf die letzte österreichisch-ungarische Note, die morgen in Wien überreicht wird, unter Hinweis auf die serbische Zirkular-Depesche vom 10. März fest, daß die Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn normale seien. Bezüglich des Handelsvertrages wird erklärt, daß dieser seitens Serbiens bereits im vergangenen Jahre gesehmäßig erledigt worden sei. Serbien sei bereit, dessen Gültigkeit provisorisch bis Ende dieses Jahres zu verlängern.

Paris. Der größte Teil der Telegraphisten hat die Arbeit wieder aufgenommen. Man hofft, daß unverweilt der normale Telegraphen-Hebermittlungsdienst wiederhergestellt wird, der erhebliche Verzögerungen erlitten hatte. Paris. Die Unterfuchung in der Steinheil-Affäre ist geschlossen worden. Der Untersuchungsrichter teilte Frau Steinheil mit, daß die Unterfuchung hinreichend Befragungsmaterial gegen sie ergeben habe, daß sie die Haupt-urheberin an der Ermordung ihres Gatten und ihrer Mutter sei.

An seiner finanziellen Wirkung und Tragweite würde dieser Beschluß die angehenden Faktoren des Königreichs Sachsen nötigen, außer Matrifikalarbeiträge von mindestens 2½ bis 4 Millionen Mark jährlich weitere 8 bis 10 Millionen Mark als sogenannte Besitzsteuer an das Reich abzuführen. Diese 8 bis 10 Millionen Mark würden jährliche Zuschläge von 25 bis 30 Prozent zu den Steuererläsen für Einkommen über 3100 Mark erforderlich. Eine anteilige Heranziehung der Grundsteuer und der Grundbesitzersteuer zu der Deckung des Mehrbedarfs würde nicht ohne Umwandlung dieser Steuern in eine allgemeine Vermögenssteuer mit vollem Schuttschuttschutz möglich sein, da nur mit Hilfe einer allgemeinen Vermögenssteuer die in dem Kommissionsbeschlusse aufgestellte Forderung erfüllt werden könnte, daß die reinen Vermögen unter 20000 Mark bei der Aufbringung des Besitzsteueranteils der einzelnen Bundesstaaten unberührt bleiben sollen.

Bei einer so erheblichen Mehrbelastung der sächsischen Steuerzahler mit direkten Steuern unannehmbar des Reiches würde in Zukunft der Regierung und den Ständen uninteressant werden die Möglichkeit verschaffen sein, einen Mehrbedarf für die Zwecke des eigenen Landes durch eine wenn auch nur geringfügige Erhöhung der direkten Steuern zu decken. Denn die direkten Steuern haben eine in ihrer Natur gegebene obere Belastungsgrenze, die bei einem 25 bis 30 Prozentigen Zuschlag zu den bisherigen Sätzen der Staatseinkommensteuer im Ausnahmefalle mit den direkten Gemeindeforderungen bereits überschritten sein würde. Da ferner die indirekten Steuern bis auf geringe Maße dem Reich vorbehalten sind, eine sächsische Landessteuer auf Erbsätze an Abkömmlinge und Ehegatten aber, wie die Dinge heute liegen, nicht ohne gleichzeitiges Vorgehen der benachbarten Bundesstaaten in die Wege geleitet werden könnte, so würden sich die angesprochenen Faktoren Sachsens vor die harte, aber unabwendbare Notwendigkeit gestellt sehen, an denjenigen Ausgaben Ersparnisse und Abstriche einzutreten zu lassen, denen Sachsen sein Ansehen, seine Blüte und seinen Wohlstand verdankt: an den Ausgaben für Kulturzwecke und sonstige Öffnung auf künftige Zeiten mühte im Hinblick darauf schwinden, daß über den Finanzen Sachsens behanda das Damoklesschwert einer schrittweisen Erhöhung der sogen. Besitzsteuer schweben würde. Denn der Reichs-tag als eine aus allgemeinen und gleichen Wahlen hervorgehende Körperschaft würde sich nicht geneigt zeigen, gerade diese Besitzsteuer, die auszubringen er den Einzelstaaten überläßt, immer weiter auszubauen. Es unterliegt keinem Zweifel: mit der Einführung der von der Kommission beschlossenen Besitzsteuer wäre eine gesunde Orientierung der Staatswirtschaft Sachsens ein für allemal unterbunden. Der sächsische Staat würde an der oberen Grenze der Entwicklung seiner finanziellen Kräfte für Landesbedürfnisse angelangt und damit auf den Weg langsamen Absterbens angewiesen sein.

Eventuell schwerer, wenn nicht noch schwerer sind die Bedenken, die gegen den Kommissionsbeschluss vom politischen Standpunkte zu erheben sind. Schon die Matrifikalarbeiträge unterliegen bekanntermaßen als Träger der finanziellen Ordnung des Staatshaushalts in den Bundesstaaten wie auch sonst grundsätzlichen Bedenken. Immerhin sind sie — wenigstens solange sie sich dem Geiste der Reichsverfassung gemäß in erträglichen Grenzen halten und nach dem bisherigen Maßstab verteilt werden — als eine Art von Mitlastbeiträgen der Bundesglieder an das Reich mit der den Gliedstaaten durch die Reichsverfassung gewährleisteten Landeshoheit vereinbar.

Ungarische Ausschreitungen. Prag. Beim heutigen Studentenhummel kam es zu heftigen Ausschreitungen der sächsischen Menge gegen die deutschen Studenten, daß der Wenzelsplatz durch Gendarmen, berittene Polizei und Schutzele geräumt werden mußte. Die Menge wurde in die Vorstadt Weinberge gedrängt, wo sie sich der Wache entgegenstellte. Es wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen. Die Demonstranten folgten der Wache in die Stadt zurück und begingen Ausschreitungen vor dem Polizeikommissariat, so daß die Polizei blatt ziehen mußte. Daraufhin stob die Menge auseinander. Die Demonstrationen nahmen nach etwa zweistündiger Dauer ein Ende.

London. In der Nähe des Gefängnisses wurde heute der Gefängnisdirektor von einem Unbekannten erschossen. Konstantinopel. Nach einer Meldung des Jdrom sind die Verhandlungen in Petersburg auf der Grundlage zum Abschluss gebracht worden, daß von der türkischen Kriegsentschädigung 125 Millionen Francs abgerechnet werden. Dabai zufolge geht das letztere von Sultan Faikah und Jowakisi abgeschlossene Abkommen dahin, daß Rußland der Türkei für die bulgarische Entschädigung 40 Millionen der Kriegsentschädigung abrechnet.

Überlanker Bank zu Sittau. Der Gesamtgewinn für 1908 beläuft sich auf 418 675 Mk. gegen 410 515,69 Mk. in 1907 und das Nettoergebnis auf 280 002,79 Mk. gegen 308 812,80 Mk. in 1907. Die im vorjährigen Bericht erwähnte, wegen eines in einem Konturke zu erwartenden Ausfalles erfolgte vorläufige Ueberweitung von 75 000 Mk. auf Debitoren-Referenzkonto wurde durch die Erzielung gefunden, und der Betrag ist definitiv abgeschrieben worden. Die Verwendung des Reingewinns von 202 615,90 Mk. wird wie folgt vorgeschlagen: 30 000 Mk. Ueberweisung auf Debitoren-Referenzkonto-Haus, 11 500 Mk. 5 % Zantime an die Direktion auf 200 002,79 Mk., 202 300 Mk. 7 1/2 % Zantime, 6100 Mk. 5 % Zantime an den Kassakurat auf 122 002,79 Mk., 10 000 Mk. zur Ueberweisung an den Beamten-Untersuchungsfonds, und restliche 22 515,70 Mk. als Vortrag auf neue Rechnung. Die Generalversammlung findet am 25. März vormittag 11 Uhr in Sittau im Ranggebäude der Gesellschaft statt.

Landtagslandbau. Am 10. ländlichen Wahlkreise (Zwidau-Land) stellen die Kontervativen den Kandidat für die Kräh-Zwidau als Kandidaten auf. Bisheriger langjähriger Vertreter war Kohlenwerkbesitzer Albrecht Bodwa (fom.), der bei der letzten Wahl mit einer Stimme Mehrheit gewählt wurde, weil die Stimme eines Wahlmannes für ungültig erklärt worden war. Herr Albrecht hat eine Wiederwahl abgelehnt.

Vertliches und Sächsisches. Landtagslandbau. Am 10. ländlichen Wahlkreise (Zwidau-Land) stellen die Kontervativen den Kandidat für die Kräh-Zwidau als Kandidaten auf. Bisheriger langjähriger Vertreter war Kohlenwerkbesitzer Albrecht Bodwa (fom.), der bei der letzten Wahl mit einer Stimme Mehrheit gewählt wurde, weil die Stimme eines Wahlmannes für ungültig erklärt worden war. Herr Albrecht hat eine Wiederwahl abgelehnt.